



*Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freunde,*

die Halbzeitbilanz der SPD-Bundestagsfraktion liegt vor und ich finde, sie kann sich sehen lassen! Von 300 vereinbarten Maßnahmen haben wir bereits zwei Drittel umgesetzt bzw. angepackt. Ein Pensum, welches nicht nur uns an die Grenzen des Leistbaren bringt, sondern auch unsere Mitarbeiter. Aber für die Menschen in diesem Land hat es sich gelohnt. Für fast jede Gruppe haben wir Verbesserungen erreicht, für Familien, Rentner, Arbeitnehmer, zu Pflegende und Angehörige, Studierende, Azubis sowie Schüler und für das Klima. Dabei konnten wir bei manchen Gesetzen Systemwechsel erreichen und haben nicht – wie manch einer behauptet – nur kleine Korrekturen vorgenommen. Das sollten wir jetzt auch positiv kommunizieren!

Woran wir darüber hinaus arbeiten bzw. welche Beschlüsse wir gefasst haben, lest ihr im Folgenden.

Die Grundrente kommt

Es waren harte Verhandlungen, aber wir haben uns durchgesetzt: Die Grundrente kommt! Dabei wird es keine Bedürftigkeitsprüfung geben, sondern lediglich eine unbürokratische Einkommensprüfung – durch einen Datenaustausch zwischen Rentenversicherung und Finanzbehörden.

Wer 35 Jahre gearbeitet hat, hat künftig Anspruch auf die Grundrente, wenn die Rente ansonsten zu niedrig wäre. Auch Jahre, in denen die eigenen Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt wurden, werden berücksichtigt. Eine Friseurin, die 40 Jahre voll gearbeitet und dabei 40 Prozent des Durchschnittslohns verdient hat, würde eine Rente von 934 statt 529 Euro bekommen! Das ist ein sozialpolitischer Meilenstein, von dem insgesamt 1,5 Millionen Menschen, vor allem Frauen, profitieren werden. Ab Januar 2021 gilt die neue Rentenleistung.

Die Grundrente wird automatisch ausgezahlt, sie braucht also nicht beantragt zu werden. Alleinstehende können bis zu 1.250 Euro, ein Paar bis zu 1.950 Euro monatlich verdienen, um den vollen Zuschlag zu bekommen. Erst wenn das Einkommen über diesen Grenzen liegt, gibt es nicht die maximale Grundrente, sondern einen anteiligen Zuschlag.

Natürlich denken wir auch an diejenigen, die knapp weniger als 35 Beitragsjahre vorweisen können. Hier werden wir eine Lösung finden, damit auch sie profitieren.

Milliardeninvestitionen für unser Land

In dieser Woche haben wir den Haushalt für 2020 verabschiedet: Wir investieren 43 Milliarden Euro und damit so viel, wie keine Regierung vor uns. Für 2020 bis 2023 stehen insgesamt rund 160 Milliarden zur Verfügung – ein Drittel mehr als in der vergangenen Wahlperiode. Wichtige Eckpunkte:

Umwelt & Verkehr

Bahnfahren muss attraktiver werden, damit mehr Menschen klimafreundlich reisen. Daher gibt es künftig günstigere Zugtickets, zudem investieren wir 10 Milliarden in die Bahn und 5,2 Milliarden in die Förderung des ÖPNV.

Rechtsstaat

Demokratie verteidigen, heißt Rechtsstaat stärken. Wir erhöhen zivilgesellschaftliche Projektmittel, schaffen Tausende neue Stellen für innere Sicherheit, investieren in Extremismusprävention und den Pakt für den Rechtsstaat.

Familien & Beschäftigte

Andere wollen Steuergeschenke für Spitzenverdiener, wir sorgen für mehr Netto für Beschäftigte und Familien durch die Abschaffung des Soli (mehr weiter unten). Weil Familie da ist, wo Kinder sind, kümmern wir uns im Haushalt auch um Alleinerziehende.

Kinder & Bildung

Noch nie wurde so viel in Bildung investiert, wie 2020. Wir schaffen die Voraussetzungen für einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder. Mit dem Digitalpakt investieren wir zudem in modernere Schulen.

Generationen

Wer Generationen gegeneinander ausspielen will, spaltet die Gesellschaft. Wir investieren in Chancen für die Jugend und Respekt vor Lebensleistung. Weil uns das Miteinander der Generationen sehr wichtig ist, bekommen auch Mehrgenerationenhäuser mehr Geld.

Betriebsrentner werden entlastet

Neben dem Beschluss zur Grundrente haben wir uns mit der Union auf eine Regelung zu den Krankenkassenbeiträgen von Betriebsrenten geeinigt. Von Betriebsrenten zahlen Rentner momentan ihren Anteil zur Krankenversicherung und den eigentlichen Anteil des Arbeitgebers. Damit ist ab dem 1. Januar 2020 Schluss! Denn dann werden Betriebsrentner im Schnitt um 300 Euro im Jahr entlastet. Das erreichen wir, indem wir einen Freibetrag von 159 Euro einführen. Das heißt, egal wie hoch die Betriebsrente ist, auf die ersten 159 Euro muss niemand Abgaben zahlen.

Dazu müssen Rentner mit einer Betriebsrente unter 318 Euro maximal ihren eigenen Beitragssatz zahlen. Mit diesen Regelungen entlasten wir insbesondere diejenigen mit kleinen und mittleren Renten, was uns sehr wichtig war.

Auch beim Thema Arbeitnehmerbeteiligung am Betriebskapital gibt es positive Nachrichten: Um die Attraktivität zu erhöhen, wird der steuerfreie Höchstbetrag von derzeit 360 auf 720 Euro verdoppelt!

Soli wird abgeschafft

Für etwa 90 Prozent aller Bürger fällt ab 2021 der Soli weg. Die Einkommensgrenze, bis zu der der Soli nicht mehr anfällt, ist abhängig von der Familienkonstellation. Eine Familie mit zwei Kindern wird z. B. bis zu einem Jahresbruttolohn von 151.000 Euro entlastet, Singles bis zu 73.000 Euro brutto. Millionen Menschen haben in der Folge ein höheres Nettoeinkommen zur Verfügung. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung aber werden den Soli weiterhin zahlen. Sie sollen und können sich stärker am Gemeinwohl beteiligen.

Steuersenkung auf Hygieneprodukte für Frauen

„Die Periode ist kein Luxus“ – unter diesem Motto initiierten Aktivistinnen eine Petition gegen die hohe Besteuerung von Hygieneprodukten. Bisher gilt für Tampons und Binden der höhere Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent. Dies haben wir nun geändert, ab 1. Januar 2020 wird auf diese Produkte der ermäßigte Steuersatz von sieben Prozent angewandt. Damit gelten sie steuerrechtlich als wichtige Güter des täglichen Bedarfs und das ist richtig so!

Waffenexporte drastisch einschränken

Wir wollen deutsche Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der EU und der NATO drastisch einschränken, denn durch den Export solcher Güter in Krisenregionen werden kriegerische Konflikte meist verstärkt! Dazu wurde Montag ein neues Positionspapier in der Fraktion beschlossen. Es gibt Staaten, an die wir grundsätzlich keine Waffen liefern wollen. Die Exportgenehmigungen, die erteilt werden, dürfen zudem nur noch für maximal zwei Jahre gelten. So haben wir die Möglichkeit einzugreifen, wenn die Situation in dem Land sich ändert – ohne Vertragsstrafen zahlen zu müssen. Und vor allem: Das Parlament und die Öffentlichkeit müssen transparenter über Genehmigungen durch die Bundesregierung informiert werden.

Ihr seht, wir haben viel erreicht, wollen aber noch mehr auf den Weg bringen. In dieser Woche hat unsere Justizministerin Christine Lambrecht z. B. einen Gesetzentwurf zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz vorgelegt. Aber auch die weitere Eindämmung der sachgrundlosen Befristung und die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung sind unsere Herzensangelegenheiten. Ich bin gespannt auf die Bewertung des Parteitages am 6. Dezember und das Ergebnis der Vorsitzenden-Wahl, das morgen veröffentlicht wird!

Eure

Sabine